

Der Vorstand fordert Sie deshalb auf, der nachstehenden Entschliebung zustimmen zu wollen:

Die zu Kantate im Deutschen Buchhändlerhaus tagende Hauptversammlung des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler gibt ihrer Überzeugung dahin Ausdruck, daß die von der Entente vorgelegten Friedensbedingungen den Verfall des deutschen Kultur- und Wirtschaftslebens zur Folge haben würden und daher unannehmbar sind. Sie erhebt vor allem Protest gegen die Lostrennung rein deutscher Gebiete im Osten, Westen und Norden unseres Vaterlandes, sowie gegen die politische Knebelung des deutschen Volkes. Sie erwartet von der Reichsregierung, daß sie den angebotenen Gewaltfrieden ablehnt. Überzeugt, daß nur ein Frieden Bestand hat, der den Lebensnotwendigkeiten auch unseres Volkes gerecht wird, ist der deutsche Buchhandel bereit, seine Organisation in den Dienst aller Bestrebungen zu stellen, die auf die Erhaltung der völkischen Eigenart, des nationalen Besitzstandes und der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit des deutschen Volkes gerichtet sind. Er hofft, daß alle Völker der Welt sich nicht nur mit dem Wort, sondern auch mit der Tat zu diesen Grundsätzen bekennen und die Deutschland aufgezwungenen Friedensbedingungen verurteilen werden.

Ich frage, ob Sie mit dieser Entschliebung einverstanden sind, und bitte diejenigen, die damit einverstanden sind, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Geschicht.) Ich danke Ihnen, meine Herren; die Entschliebung ist, soviel ich sehen kann, einstimmig angenommen.

Ich möchte nun fragen, ob alle diejenigen, die wählen wollen, ihre Wahlzettel abgegeben haben. Die das noch nicht getan haben, bitte ich, es sofort nachzuholen. — Ich schließe damit die Wahl.

Durch die Entschliebung, die Sie einmütig gefaßt haben, wäre eine Besprechung über die drei ersten Absätze des Geschäftsberichts wohl erledigt.

Ich rufe den nächsten Absatz auf: Die wirtschaftliche Lage des Buchhandels. — Die Feldbuchhandelsfrage. — Die Presse-Zensur. — Besetzung der westlichen Gaue Deutschlands. — Verbesserung unserer Valuta. — Lieferung nach Österreich in dortiger Währung. — Deutsche Gesellschaft für Auslandsbuchhandel. — Steuern. — Erhöhung der Postgebühren. — Verkehrswesen. — Wirtschaftliche Demobilisierung und Übergangswirtschaft. — Finanzielle und ideelle Schäden. — Ausbau des internationalen Rechts, insbesondere des Verkehrsrechts, Verordnung über Tarifverträge und die Einrichtung von Arbeiter- und Angestellten-Ausschüssen. — Arbeitgeberverband der Deutschen Buchhändler, Sitz Leipzig.

Geheimer Hofrat, Kommerzienrat Karl Siegmund-Berlin: Meine Herren, Ihnen allen ist bekannt, daß in den letzten Monaten die Lohnbewegung auch in den deutschen Buchhandel übergreifen hat, und Sie wissen aus den Veröffentlichungen des Börsenblatts, daß Tarifabschlüsse stattgefunden haben in Leipzig, in Stuttgart und in München. Auch in Berlin sind Tarifverhandlungen im Gange, die entweder gestern zum Abschluß gebracht worden sind oder morgen zum Abschluß gebracht werden. Meine Herren, die Berliner Tarife sind außerordentlich stark belastend für unsern Beruf. Es ist nicht ausgeschlossen, ja wahrscheinlich, daß diese Berliner Tarife abfärben und auf diejenigen Betriebe übergreifen werden, die außerhalb Berlins sich befinden. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen und Sie bitten, etwaigen weitergehenden Bestrebungen, die über diejenigen Verabredungen hinausgehen, die in Leipzig, Stuttgart, München und der Provinz bereits getroffen worden sind, ein energisches Nein gegenüberzusetzen. Es ist jetzt die Zeit gekommen, wo einmal Schluß gemacht werden muß mit den unendlich weitgehenden Forderungen der Arbeitnehmer.

Auf der andern Seite möchte ich aber nicht versäumen, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß es dringend notwendig ist, daß diejenigen Kollegen, die sich heute noch von den Arbeitgeberverbänden zurückhalten, möglichst sofort um ihren Eintritt in die Arbeitgeberverbände nachsuchen. Meine Herren, auch bei den Tarifverhandlungen haben wir mit Bedauern feststellen müssen, daß die Organisation der Arbeitnehmer in einer ganz andern, viel strafferen Weise stattfindet, als sie bei der Arbeitgebererschaft jemals möglich gewesen ist. Es ist dringend notwendig, daß dieser Zustand aufhört. Wenn etwa der eine oder der andere von unseren Kollegen glaubt annehmen zu müssen, daß er, weil er außerhalb eines Arbeitgeberverbandes steht, nunmehr nicht verpflichtet sei, die durch die Verbände getroffenen Vereinbarungen zu halten, so irrt er sich. Nach § 2 der Verordnung vom 23. Dezember über die Tarifverträge können die Teile, die den Tarifvertrag abgeschlossen haben, bei dem Reichsarbeitsamt den Antrag stellen, die Tarife für den betreffenden Berufszweig allgemeingültig zu deklarieren. Das wird selbstverständlich von seiten der Gehilfenschaft geschehen, und damit ist der Tarif gültig für jedermann, ob er im Arbeitgeberverband ist oder nicht. Es werden daher — das wird durch das jetzt in Beratung stehende Gesetz über die Betriebsräte festgestellt — die Schlichtungsausschüsse angerufen werden von den sogenannten Vertrauenspersonen, wenn die Tarife nicht gehalten werden, und der Schlichtungsausschuß ist verpflichtet und berechtigt, denjenigen vollstreckbar zu verurteilen, der die Tarifverträge in seinem Geschäft nicht anwendet. Daraus ergibt sich, wie dringend notwendig es ist, daß Sie in die Arbeitgeberverbände eintreten, damit Sie in der Lage sind, auf den Tarif, der abgeschlossen werden muß, einen Einfluß zu haben. Es ist nicht angängig, daß nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der betreffenden Erwerbsgruppe in der einzelnen Stadt den Abschluß macht, ohne daß ein wesentlicher Teil gehört wird, und er kann nicht gehört werden, wenn er nicht in dem Arbeitgeberverband als Mitglied vertreten ist. Deswegen noch einmal, meine Herren, die dringende Bitte, schleunigst in die Arbeitgeberverbände einzutreten! Glauben Sie nicht, daß die jetzige Bewegung mit den jetzigen Tarifverträgen abgeschlossen sei! Die Bewegung wird weitergehen, und sie wird im Laufe dieses Sommers wiederum ganz bedeutend aufflammen, wenn die Tarifverträge ihr natürliches Ende erreichen und nunmehr Abschlüsse gemacht werden müssen dahingehend, wie sich die zukünftigen Lohnsätze zu gestalten haben.

Vorsitzender, Erster Vorsteher des Börsenvereins Hofrat Dr. Arthur Meiner-Leipzig: Wird hierzu das Wort weiter gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann gehen wir weiter: Arbeitsgemeinschaft mit Vertretern der Arbeitnehmer. — Die Deutsche Bucherei ist ein besonderer Punkt der Tagesordnung — Punkt 3. — Notstandsordnung. — Ich bitte, alles, was hierzu gesagt werden möchte, erst bei Punkt 8 der Tagesordnung zu sagen, da ja dort über die Notstandsordnung gesprochen wird. Erhöhung der Druck- und Einbandpreise.

Erster Vorsteher des Deutschen Verlegervereins Dr. Georg Paetel-Berlin: Meine Herren, die Forderung der Drudereigehilfen, die sich einfach über die Frist der Verträge hinweggesetzt haben, hat in Berlin zu neuen Verhandlungen vor dem Einigungsamt geführt. Der Deutsche Verlegerverein hat sich deshalb in seiner gestrigen Hauptversammlung genötigt gesehen, an das Reichsarbeitsamt in Berlin folgendes dringendes Telegramm zu senden, das ich Ihnen vorlesen möchte:

Die dauernde Lohnerhöhung steigert die bereits begonnene Abwanderung wichtiger Verlagszweige in das Ausland. Sie vernichtet damit die Vormachtstellung des deutschen Buches und der reichsdeutschen Zeitschriften. Die Arbeitsmöglichkeit wird durch die Einstellung zahlreicher Verlagsunternehmungen weiter beschränkt, und die Ausfuhr leidet. So werden also gemeinsame Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen gefährdet. Der Deutsche Verlegerverein ist daher einmütig der Ansicht, daß weiteren Lohnerhöhungen entgegengetreten werden muß, die im gegenwärtigen Augenblick besonders untunlich sind, da ohnehin durch die Schwere der Friedensbedingungen die deutsche